

Köniz, 08. März 2023



## Medienmitteilung

### Politische Inhalte statt Machtpolitik

*Am 13. März 2023 wird das Könizer Parlament darüber debattieren, ob das Wahlverfahren für das Parlament und den Gemeinderat geändert werden soll. Die Grünen Köniz lehnen dieses Anliegen ab. Entgegen dem vielversprechenden Titel birgt der Vorschlag neue Risiken. Die Grünen setzen sich ein für konsistente und überzeugende Politik und gegen Rechenschiebereien im Wahlsystem.*

#### Änderung zu wenig durchdacht

Mit Hilfe eines eher technischen Vorstosses mit dem Titel «Für unverzerrte Proporzahlen» soll das Könizer Wahlsystem angepasst werden. Darin wird ein Wechsel auf das Sainte-Laguë-Verfahren gefordert. Die Grünen Köniz haben grundsätzlich Sympathien für das geforderte Verfahren, welches kleinere Parteien im Vergleich zum heutigen Verfahren nach Hagenbach-Bischoff bei knappen Resultaten tendenziell besserstellt. Keinem Wahlverfahren gelingt es, für alle denkbaren Situationen eine kongruente Abbildung des Stimmverhaltens zu erreichen. Weil im Vorstoss die Systemänderung nicht nur für das Parlament, sondern auch für den Gemeinderat gefordert wird, sind die Forderungen aus Sicht der Grünen aber zu wenig differenziert.

#### Vertrauen in Wahlergebnisse nicht gefährden

Bei den Gemeinderatswahlen, wo nur 5 Sitze zu vergeben sind, könnte es mit dem neuen Wahlverfahren nach Sainte-Laguë beispielsweise geschehen, dass eine Partei knapp dreimal so viele Stimmen erzielt, wie eine andere und trotzdem erhalten beide Parteien nur je einen Sitz im Gemeinderat. Wieso dies besser sein soll als das heutige System, wäre den Wähler\*innen nur schwer zu erklären. Die Grünen lehnen den Vorstoss deshalb ab.

Dabei gilt es auch zu berücksichtigen, dass in Köniz beim heutigen System durch die Möglichkeit von Listenverbindungen bereits ein Korrektiv zu Gunsten der kleinen Parteien besteht. Am Wahlverfahren als zentralem Element der politischen Teilhabe in unserem demokratischen System sollte nur etwas geändert werden, wenn dies zu einer signifikanten Verbesserung führt oder offensichtliche Mängel aus der Vergangenheit behebt. Die Grünen befürchten aber das Gegenteil, eine Verunsicherung der Bevölkerung über die Verlässlichkeit der Wahlergebnisse. Ausserdem wäre ein solches Verfahren in der Schweiz in einer Exekutive eine absolute Ausnahme.

#### Nachhaltige Sachpolitik statt bürgerliche Machtpolitik

Um Fairness scheint es bei diesem Vorstoss bloss vordergründig zu gehen. Aus Sicht der Grünen handelt es sich dabei primär um machtpolitisches Kalkül von Mitte-Rechts. Die GLP als Absenderin des Vorstosses würde selbst am meisten von der Änderung profitieren - je nach Szenario auf Kosten von rechts oder links. In der Exekutive ist der bürgerliche Block von FDP und SVP zudem im Vergleich zum Stimmenanteil bereits heute überrepräsentiert: Sie vereinigen 32% der Stimmen auf sich, haben aber 40% der Sitze inne. Mit einem Wechsel des Wahlverfahrens könnte diese Überrepräsentierung länger gehalten bzw. sogar

noch verstärkt werden. David Müller, Fraktionspräsident der Grünen sagt dazu: «Wir wollen die Wählerinnen und Wähler lieber mit Inhalten überzeugen, anstatt mit einem Systemwechsel das Vertrauen der Bevölkerung in das Wahlergebnis zu schwächen». Die Grünen hoffen deshalb, dass das Parlament dem Antrag des Gemeinderats nicht folgen wird und die Motion abgelehnt wird.

Kontakt:

David Müller, Fraktionspräsident; 079 821 51 23

Christina Aebischer, Co-Präsidentin Grüne Köniz, 076 459 61 96